



V. l.: Klaus Lugger, Werner Burtscher, Verena Rauch, Gerhard Fritz, Elisabeth Blanik, Barbara Feller, Christian Kühn, Arno Ritter, Robert Ortner, Daniel Fügenschuh.
FOTO: AUT. ARCHITEKTUR UND TIROL

Immer noch ein Glücksfall

GESPRÄCH TIROL Das Klischee vom Land Tirol, das im Wesentlichen aus Innsbruck und ein paar Dörfern besteht, in denen der Tourismus regiert, ist offenbar endgültig Vergangenheit. Zu den treibenden Kräften der Architektorentwicklung gehören eine wissensbasierte Hightech-Industrie und der Handel sowie ein dichtes Netzwerk von Baukulturschaffenden. Ein wichtiges Thema ist die Raumplanung, wo zwar allen klar ist, was zu tun wäre, aber erst Bewegung entstehen wird, wenn die Verknappung der öffentlichen Haushalte ein kritisches Ausmaß erreicht.

VON BARBARA FELLER UND CHRISTIAN KÜHN (ARCHITEKTURSTIFTUNG ÖSTERREICH)

Beginnen wir mit einem Zitat aus dem Gespräch, das wir 2001 in Tirol geführt haben: „Wenn der Tourismus erst einmal begriffen hat, was Architekten für ihn und seine Kunden tun kann, werden sich die Architekten vor Aufträgen gar nicht mehr retten können.“ Hat sich das bewahrt?

Ritter (A. R.): So weit ist es zwar noch nicht, aber seit einigen Jahren kann man erkennen, dass Touristiker vermehrt mit Architekten zusammenarbeiten – von Seilbahnen bis Hotels. Das hat sicher mit dem Generationenwechsel zu tun, da sich die neuen Eigentümer mit ihren Projekten inhaltlich und gestalterisch zu differenzieren versuchen. Und wenn einer anfängt und damit Vorbildfunktion übernimmt, dann trauen sich andere auch, auf Architektur zu setzen.

WENN MAN RAUM-PLÄNERISCH EINEN BLÖDSINN MACHT, DANN KANN „GUTE“ ARCHITEKTUR DIESEN FEHLER AUCH NICHT REPARIEREN.

Blanik (E. B.): Dem würde ich zustimmen. Auch in Osttirol ist mit dem Generationenwechsel das Wissen um den Wert der Architektur gestiegen. Aber ich würde nicht sagen, dass der Tourismus eine Vorreiterrolle einnimmt. Bei uns hat es immer schon ein paar Pioniere außerhalb des Tourismus gegeben.

Fügenschuh (D. F.): Vor Aufträgen wehren müssen sich die Kollegen aber sicher noch nicht.
Burtscher (W. B.): Wenn eine Ortschaft zeitgemäßes und modernes Bauen aufnimmt, ist das immer noch ein Glücksfall. Wobei ich jetzt unterstelle, dass der Großteil der Ortschaft diese Projekte nicht mit Stolz als Aufbruch in eine neue Zeit sieht.

A. R.: In diesem Zusammenhang erscheint mir die Vermittlungsarbeit der Dorferneuerung wichtig zu sein – in einem Amt der Landesregierung. Diese Abteilung bietet den Gemeinden ihre Kompetenz in der Vorbereitung von Projekten an, berät sie beim Raumprogramm und schreibt dann Wettbewerbe aus, wobei sie auch die Kosten übernimmt, was für die Gemeinden natürlich sehr vorteilhaft ist. Dadurch entstanden in einigen Gemeinden spannende architektonische Projekte.

E. B.: Ich möchte ergänzen, dass es Stadt- und Dorferneuerung heißt, weil Tirol nämlich nicht nur aus Dörfern und Innsbruck besteht, sondern aus viel mehr. Diese Stelle ist wirklich sehr hilfreich, weil oft ja die Kosten für einen Wettbewerb als Ausrede verwendet werden, darauf zu verzichten.

Ortner (R. O.): Die langjährige Zusammenarbeit der Geschäftsstelle für Dorferneuerung mit der Raumordnung und dem Landesgestaltungsbeirat hat sich sehr bewährt. Es haben sich auch ordentliche Einspareffekte ergeben, die oft anfangs gewünschten Baumassen werden im Durchschnitt viel kleiner. Einfach aus der Tatsache heraus, dass man in Ruhe das Raumprogramm durchgeht und sich auch die Auswirkungen in der Nutzung anschaut. Insgesamt hat sich da in den letzten zehn, 20 Jahren sehr viel Positives entwickelt – auch in den Seitentälern.

W. B.: Wir haben tatsächlich exzellente Instrumente, die oft als Entwicklungshelfer für Ar-

ICH GLAUBE, DASS DIE ÜBERÖRTLICHE RAUM-ORDNUNG ZU WENIG WIRKLICH SCHARFE INSTRUMENTE HAT, DA FEHLT'S AM POLITISCHEN WILLEN.

chitektursprache und Architekturqualität fungieren. Aber – ähnlich wie ich es schon vorher beim Tourismus erwähnt habe – gibt es einen Bruch zu den vielen Dingen, die ein Dorf auch wesentlich ausmachen: etwa Siedlungsgebiete. Und dort sind die meisten Gemeinden nicht so gut aufgestellt. Es gibt sehr wenige Gestaltungsbeiräte in Tirol. Und der Gestaltungsbeirat, so wie ich ihn aus Vorarlberg kenne, hat den großen Vorteil, dass man im permanenten Austausch über die Qualität und die Entwicklung eines Ortes steht. Da wird der ganze Gemeinderat sensibilisiert zu fragen, was Qualität ist. Dies ist der erste Schritt, damit sich Baukultur in einem Dorf entwickelt und zur Selbstverständlichkeit wird.

Fritz (G. F.): Ich möchte betonen, dass der Tourismus dabei keine große Rolle spielt. Er ist zwar ein nicht unerheblicher Teil der Wertschöpfung, aber wir müssen weg von diesem Klischee, dass Tirol ein ländlich und touristisch geprägtes Land sei. Eine wichtige Treibkraft der architektonischen Erneuerung war für mich der MPreis, der hat die Qualität in die Alltagsarchitektur eingeführt. Es waren dann Industrieunternehmen, die nachgezogen haben, und die Bauten der öffent-

lichen Hand, bei denen die ganzen Instrumente von den Beiräten bis zur Wettbewerbskultur eine ausschlaggebende Rolle spielen.

E. B.: Die Stadt Lienz hat keinen Architekturbeirat, sondern „nur“ den SOG-Beirat (Stadt- und Ortschaftsbeirat). Und schon dabei, muss ich mich als Bürgermeisterin immer rechtfertigen, warum Projekte so lang dauern, weil sie etwa drei-, viermal durch den SOG-Beirat müssen. Das ist schon sehr mühsam. Und da bitte ich, Maß zu halten, weil jedes Projekt immer in einem Spannungsfeld von Qualität und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen steht.

R. O.: Es gibt auch noch den Landesgestaltungsbeirat, der jeder Gemeinde gratis zur Verfügung steht. Zusätzlich hat jede Gemeinde in Tirol verpflichtend einen Ortsplaner, den sie selbst aus sucht. Und leider sind die, das tut mir persönlich sehr leid, auch mal Erfüllungsgehilfen der Gemeinde. Da wird Architektur manchmal bei falschen Standortentscheidungen auch zum Feigenblatt, um B- oder C-Standorte durchzubekommen.

A. R.: Ja, das ist ein großes Problem in Tirol. Denn bei der Raumplanung bestimmt weder ein Fachgremium noch die überörtliche Raumplanung, also das Amt, wo es hinget, sondern es sind oft ganz banale Entscheidungskriterien in den Gemeinden, die dann im Endeffekt langfristig negative Auswirkungen haben. Denn wenn man raumplanerisch einen Blödsinn macht, dann kann „gute“ Architektur diesen Fehler auch nicht reparieren.

G. F.: Ich glaube, dass die überörtliche Raumordnung zu wenige wirklich scharfe Instrumente hat, da fehlt's am politischen Willen. Wir haben jetzt zwar seit einiger Zeit die regionalen Planungsverbände, die haben aber genau gar nichts in der Hand, um etwas zu sanktionieren. Solange wir nicht wenigstens die Verpflichtung haben,

dass Projekte, die bei der Landesregierung um Bedarfszuweisung ansuchen, vom jeweiligen Planungsverband abgesegnet sein müssen, sind das nur nette Diskussionszirkel.

E. B.: Ich habe als Stadt auch noch diesen enormen Druck der Umlandgemeinden. Solange sie beinahe jede Widmung machen, bin ich fast gezwungen, auch solche Flächen zur Verfügung zu stellen, um wenigstens ein paar Menschen in der Stadt zu halten. Ich muss also „raumordnerischen Unsinn“ machen und dann auch noch die gesamte Infrastruktur finanzieren, etwa Schulen, Krankenhaus, Schwimmbad etc.

DIE ENTWICKLUNG WIRD UNS ZWINGEN, VIEL HÄRTERE RAUM-ORDNERISCHE INSTRUMENTE ZU SCHAFFEN, NICHT NUR IN TIROL.

Wenn alles so weiterläuft, wie es sich jetzt darstellt, wo landet das Land in raumplanerischer Hinsicht in 15, 20 Jahren?

A. R.: Zynisch formuliert sehe ich die einzige Chance in einer „Krise“, denn wenn der ökonomische und gesellschaftliche Druck in den Gemeinden und der Regionalentwicklung groß genug ist, wird man vielleicht reagieren und die „Kirchturmpolitik“ aufgeben.

E. B.: Die Entwicklung wird uns zwingen, viel härtere raumordnerische Instrumente zu schaffen, nicht nur in Tirol, sondern in ganz Österreich. Da ist einerseits der massive Zuzug in die Ballungsräume und auf der anderen Seite die Abwanderung in bestimmten Regionen. Und die Probleme, die beides mit sich bringt – insbesondere die sozialen Probleme. Und darum wäre es dringend notwendig, jetzt wirklich Raumordnungsinstrumente zu schaffen, wo man eingreifen kann.

Lugger (K. L.): Ich finde die Debatte ein bisschen zu negativ. Das Hauptproblem ist der gewidmete, aber nicht bebaute Grund. Darüber wurde und wird zwar viel geschrieben, aber niemand geht auf den Punkt ein, auf den es wirklich ankommt die Grundsteuer. Unbebaute Grund muss – als „Grundsteuer C“ – bewertet werden, damit wird automatisch der Verkaufsdruck steigen. Aber solange es nichts kostet, unbebautes Bauland vorzuhalten, wieso soll der Besitzer verkaufen?

E. B.: Ich habe das in Lienz versucht mit dem vorgezogenen Erschließungsbeitrag.

R. O.: Mit dem vorgezogenen Erschließungsbeitrag findet Mobilisierung nur in kleineren Gemeinden statt. Wir haben zur Weiterentwicklung der Grundsteuer in den 1990er-Jahren einen guten Vorschlag ausgearbeitet, der ist sogar ins Parlament gekommen, aber dort von den großen Grundbesitzvertretern, etwa Bauernbund und Stadt Wien, abgelehnt worden.

K. L.: Ich gehöre nicht zu den Jammerern, denn wenn der politische Wille in der Gemeinde da ist, bekommt man überall Grund für sozialen Wohnbau. Natürlich mit viel Arbeit und viel Aufwand.

G. F.: Ich kann den politischen Willen ein wenig ausführen: Wir haben in Innsbruck ganz absichtlich sehr bestandsorientierte Bebauungspläne. Und da kommen dann die Grundbesitzer oder Developer und sagen, dass sich das bei den Grundpreisen nie ausgehen kann. Und dann ist für uns klar, dass es erstens einen Wettbewerb geben muss und dass der Umwidmungsgewinn zu einem Teil auch der öffentlichen Hand zugutekommen muss.

Wie schaut das juristisch aus?

E. B.: Mit Vertragsraumordnung geht das schon.

G. F.: Na ja, der Verfassungsgerichtshof hat gesagt, man darf öffentlich-rechtliche Verordnungen und privatrechtliche Verträge nicht vermischen, aber wir sagen etwas anderes. Bevor wir nicht eine Vereinbarung über den zu erwartenden Planungsmehrwert haben, fangen wir mit dem raumordnerischen Verfahren gar nicht erst an, weil im Gesetz steht für eine Umwidmung: Sie kann erfolgen, wenn sie im öffentlichen Interesse ist. Eine verfassungsrechtliche Absicherung wäre schön, aber es funktioniert auch ohne.

Wie schaut es hier im Land mit dem Thema „Leistbares Wohnen“ aus?

Rauch (V. R.): Vor einem Jahr war das Thema der Migration sehr brennend, und auch in Innsbruck hat man sehr viel diskutiert. Und jetzt ist man da eigentlich nicht drangeblieben. Leistbares Wohnen ist für alle Thema, vor allem jetzt in der Migrationsfrage.

G. F.: Eine wichtige Stellschraube bei diesem Thema ist sicher der Grundpreis. Das Zweite sind auch die Standards: Ich frage mich schon, wie die gleichen Politiker, nämlich Landtagsabgeordnete, die immer von leistbarem Wohnen sprechen, alle zwei Jahre die Standards vergolden und noch verteuern. Interessant finde ich Modelle wie den Schweizer genossenschaftlichen Wohnbau – etwa mit zwei Gästeapartments in jeder größeren Wohnanlage und dafür deutlich kleineren Wohnungen ohne Gästezimmer, also Verringerung des Flächenverbrauchs pro Person oder Haushalt. Solche Sachen gehören einmal andiskutiert. Da braucht es zwischen Politik, Bauträgern und Architekten eine große Anstrengung, um leistbares Wohnen in hoher Qualität, aber eben nicht zu untragbaren Kosten zu schaffen.

E. B.: Für mich sind etwa diese klassischen Neue-Heimat-Nachkriegsiedlungen ein interessantes Modell: 55 Quadratmeter, wo du alles hast: Wohnraum, Kabinett, Schlafraum, Bad, WC – um 200 Euro kalt. Um solche Wohnungen bettle ich schon die ganze Zeit! Weil diese 80 Quadratmeter, sobald nur ein Kinderzimmer dabei ist, das können sich „meine“ Alleinerziehenden nicht leisten. Und was ich schon auch noch erwähnen möchte: Die Kioto-Zielerreichung, die wir über die Architektur und über den geförderten Wohnbau mitfinanzieren müssen, ist ein Wahnsinn.

G. F.: Da ist nicht das Kioto-Ziel schuld, sondern unsere einseitige objektivierte Betrachtungsweise, als ob es nur den Heizwärmebedarf pro Quadratmeter und Jahr gäbe.

K. L.: Wir haben 3.000 Passivhauswohnungen gebaut, sind die größten Passivhausbauer in Europa und haben keine Probleme mit den Mietern. Wir bauen grad in Innsbruck in wunderschöner Lage ein Passivhaus ohne Tiefgarage um acht Euro brutto warm pro Quadratmeter. Natürlich ist durch die Finanzkrise und das Flüchtlingsthema alles schwieriger und herausfordernder geworden. Aber das Land Tirol hat noch immer ausreichend Wohnbauförderungsmittel. Im Gegensatz zu Wien, Oberösterreich, Graz usw. wartet bei uns darauf niemand. Natürlich haben wir in Innsbruck ein Problem mit 16 Euro Bruttomarktmiete – die ist mit der Finanzkrise explosionsartig in die Höhe gegangen, und daran wird sich auch nichts ändern.

A. R.: Das Problem ist, dass es zwischen dem sozialen und dem hochpreisigen privaten Wohnbau keine Alternativen gibt. Die einen Wohnungen kann ich mir nicht leisten, in die anderen kann ich aufgrund meines Einkommens nicht ziehen. Insofern sollte man sich mehr mit aktuellen Lebensmodellen – die sich oft in Baugruppen abbilden – beschäftigen und aktiv schauen, dass man eine Vielfalt an leistbaren Lebens- und damit Raummodellen zulässt oder sogar initiiert.

W. B.: Was ich in Tirol extrem vermisse, sind Experimente. Wenn man diesen Freiraum hätte, in das Andersdenken des Wohnens zu investieren, hättet wir abseits von Lüftungsanlagen und von Wärmedämmexperimenten nicht nur den Tourismus oder den MPreis als Glücksfall für die Architektur, sondern vielleicht irgendwo auch eine Wohnsiedlung.

G. F.: Den Budgetposten Wohnbauforschung und experimentelles Wohnen gibt es ja. Er wird zu wenig sichtbar gemacht, und es gibt auch keinen, der sagt, ich hätte gern Geld aus dem Topf.

V. R.: Wir haben jetzt ein Selbstexperiment unter Architekten als Baugruppe gestartet, wo wir auch im Gespräch sind mit der Stadt wegen des Campagnereiter-Areals. Die Stadt unterstützt uns da, und das finde ich sehr schön. Anderswo gibt es ja schon solche Projekte, etwa in der Schweiz oder die Sargfabrik in Wien, die ist ja schon 20 Jahre alt.

Wie stellt sich eigentlich die Situation der jüngeren Architekten hier im Land dar? Erwartet man von ihnen Experimente?

V. R.: Ich habe das Gefühl, dass es eine Verweigerung der Universität mit dem Lokalen nur in ganz wenigen Punkten gibt. Die Kritik muss sich die Universität Innsbruck gefallen lassen, auch wenn unser Institut sehr viel gemacht hat und jetzt über das „building“ ein Leuchtturmprojekt realisieren durfte. Ich hab mir Gedanken gemacht, wie es der jungen Generation geht – aktuell trauen sich nicht

viele, sich selbstständig zu machen. Sie sind viel konservativer und auf Sicherheit bedacht.

Es gab eine Phase, in der die internationale

WENN EINE ORTSCHAFT ZEITGEMÄSSES UND MODERNES BAUEN AUFNIMMT, IST DAS IMMER NOCH EIN GLÜCKSFALL.

Konkurrenz eine Rolle gespielt hat. Man hat sich gemessen an Größen wie Hadid und Perrot, aber auch an Architekten aus Deutschland, die damals mehr als die Hälfte von Wettbewerbsteilnehmern gestellt haben. Wie ist diese Situation jetzt?

D. F.: Gerade bei den offenen Wettbewerben sieht man, dass die Beteiligung aus dem Ausland nicht mehr so extrem ist. Man sieht auch, dass sich viele einheimische Büros bei diesen Wettbewerben durchsetzen. Die Wettbewerbskultur ist mittlerweile sehr verwurzelt. Aber es gibt bei uns sehr viele geladene Wettbewerbe, und da würde ich mir sehr wünschen, dass zumindest ein Prozentsatz an Jungen eingeladenen wird. Weil man schon wahrnimmt, dass es eben eine Wiederholung von geladenen Büros gibt und da einfach eine Neuerung notwendig wäre, weil dadurch die Wettbewerbsqualität auch Schaden nimmt.

W. B.: Es hat sich aber auch bei den Bauherren etwas verändert. Ich nehme da jetzt mal den „Primus“ MPreis her: Als ich zu Beginn der 1990er-Jahre nach Innsbruck kam, lag der Altersdurchschnitt der innovativen neuen Architekten, die von MPreis aktiv gefragt wurden, deutlich niedriger als heute. Ich sehe das als ein Beispiel dafür, dass sich der Markt für die Jungen verschoben hat.

R. O.: Da will ich gern ergänzen: Auch habe ich immer wieder probiert, Absolventen für die Raumordnung, etwa als Ortsplaner, zu animieren,

aber da ist leider gar nichts dabei herausgekommen, obwohl man sogar was verdienen könnte.

A. R.: Ja, leider hat sich die Universität und damit ihr Ausbildungsziel ein wenig von den realpolitischen Verhältnissen des Tiroler Alltags zurückgezogen. Abgesehen davon hat sich aber in den letzten 21 Jahren, die ich jetzt in Innsbruck bin, ein unglaublich dichtes und produktives Netzwerk unterschiedlicher Akteure – von der Politik, über die Verwaltung bis zu Bauherren und Architekten – entwickelt, das oft kritisch, aber konstruktiv im Dialog an einer positiven Weiterentwicklung der Baukultur und der Gestaltung unseres Lebensraumes arbeitet.

Die Langfassung des Gesprächs, das am 15. November 2016 im aut. architektur und tirol in Innsbruck stattfand, finden Sie unter www.architekturstiftung.at/ZumNachlesen

Die Gesprächsreihe wird von der Bundesimmobilien-gesellschaft BIG, der Wirtschaftskammer sowie der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten unterstützt.

TEILNEHMENDE
Elisabeth Blanik (E. B.), Architektin, Bürgermeisterin von Lienz, Abgeordnete zum Tiroler Landtag sowie Parteivorsitzende der SPÖ Tirol

Werner Burtscher (W. B.), selbstständiger Architekt seit 2009, lange in Innsbruck, jetzt Büro in Stams

Gerhard Fritz (G. F.), amtsführender Stadtrat für Stadtentwicklung in Innsbruck

Daniel Fügenschuh (D. F.), Architekt in Innsbruck und Vorsitzender der Architekten in der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten Tirol/Vorarlberg

Klaus Lugger (K. L.), Geschäftsführer der Neuen Heimat Tirol

Robert Ortner (R. O.), Architekt, Leiter der Raumordnung in Tirol

Verena Rauch (V. R.), selbstständig im Kollektiv columbia next sowie Lehrbeauftragte an der Universität Innsbruck, Studio 3 – Institut für experimentelle Architektur

Arno Ritter (A. R.), Leiter von aut. architektur und tirol

AUSHANGPFLICHTIGE GESETZE

Ausgabe 2017

ISBN 978-3-85212-144-4
Preis: € 34,90

JETZT BESTELLEN!

Tel.: 01/546 64-263

Mail: b.voelkl@wirtschaftsverlag.at

Web: shop.wirtschaftsverlag.at/aushangpflichtige_gesetze

WOLFGANG ADAMETZ · JOSEF KERSCHAHL

Ausgabe 2017

Aushangpflichtige Gesetze

ArbeitnehmerInnen-schutzgesetz

mit Kennzeichnungssystem der anzuwendenden Verordnungen

5 Gründe, warum Sie jetzt die Aushangpflichtigen Gesetze 2017 bestellen sollten:

- 1. Pflicht**
In jeder Arbeitsstätte ist ein Abdruck dieser Gesetze aufzulegen.
- 2. Sicherheit**
Damit sind Sie als Arbeitgeber vor Nachteilen bei Arbeitsunfällen bzw. arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzungen geschützt.
- 3. Zeit sparen**
Die aktuelle Ausgabe ist druckfrisch und versandfertig. Sie erhalten sie in wenigen Tagen zugesandt.
- 4. Nerven sparen**
Unsere kompakte Version ist umfassend und lückenlos. Das erspart mühsames Zusammensuchen einzelner Gesetzesblätter.
- 5. Geld sparen**
Bei unserer von Fachautoren kompetent und umfassend aufbereiteten Version stimmt das Preis-Leistungs-Verhältnis.

Der Wirtschaftsverlag | BUSINESS-TO-BUSINESS COMMUNICATIONS | www.wirtschaftsverlag.at